

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

Aktiv mitgestalten

Martin Böhme



Die Europäische Union (EU) ist wesentlicher Garant für Frieden und Wohlstand auf dem Kontinent. Der gemeinsame Binnenmarkt, der Euro und offene Binnengrenzen sind die zentralen Integrationselemente zwischen den Mitgliedstaaten und für die Menschen in Europa. Das sollten wir immer im Hinterkopf behalten, auch wenn sich die Freien Berufe leider zu oft mit realitätsfernen Entscheidungen, Gleichmacherei und überbordendem Deregulierungsdruck aus Brüssel beschäftigen müssen.

Es gibt nur einen erfolgreichen Weg, mit dem die Freien Berufe diesen Herausforderungen begegnen können. Wir müssen uns in Europa noch stärker einbringen, klug argumentieren und für unsere Positionen streiten – wo immer das nötig ist. Das Ziel muss lauten: Aktiv mitgestalten. Als die freiberufliche Stimme aus Deutschland im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) leiste ich seit einigen Monaten meinen Beitrag dazu. Die Schwerpunkte meiner ersten Legislatur im Ausschuss habe ich auf die Bereiche Binnenmarktpolitik und digitaler Wandel gelegt. Hier haben gerade die Freien Berufe aus Deutschland viele wichtige Inhalte zu bieten und hier muss auch von Zeit zu Zeit der Finger in die Wunde gelegt werden, wenn die EU über das Ziel hinausschießt.

Die Grundlage für mein erfolgreiches Wirken im EWSA sehe ich in der engen Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Freien Berufe und seinen Mitgliedsorganisationen. Über fachlichen Input aus den Kammern und Verbänden, den regelmäßigen Austausch und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit freue ich mich und stehe jederzeit gerne als Ansprechpartner zur Verfügung.

Martin Böhme ist Geschäftsführer des Landesverbandes der Freien Berufe Rheinland-Pfalz und Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA).

VFB NORDRHEIN-WESTFALEN

Kammerwesen sichert Qualität

Bernd Zimmer



Qualitätssicherung ist die Voraussetzung einer konstanten Verfügbarkeit hochwertiger freiberuflicher Dienstleistungen. Die durch den Staat an die Kammern übertragenen Kontrollpflichten stellen dies sicher und tragen maßgeblich zur Entlastung des Staats sowie zum Verbraucherschutz bei. Dieses System hat in Deutschland eine jahrzehntelange Tradition und hat sich bewährt. Seit Jahren merkt die Europäische Kommission in ihren sogenannten „länderspezifischen Empfehlungen“ gleichwohl an, dass etwa die hohe Regulierungsintensität in Deutschland zu geringer Wettbewerbsintensität führe.

Bei näherer Betrachtung der hinzugezogenen Indikatoren zeichnet sich ein differenziertes Bild. So wird zum Beispiel argumentiert, dass eine unterdurchschnittliche Anzahl an Ein- und Austritten im Markt ein Hinweis hierauf sei. Bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass Marktaustrittsquoten in Deutschland höher sind als beispielsweise in den Niederlanden oder Schweden – Länder, deren Regulierungsansatz bei freiberuflichen Tätigkeiten als besonders wettbewerbsfreundlich hervorgehoben wird.

Auch falle die Eintrittsquote vieler Mitgliedstaaten höher aus als in Deutschland. Allerdings scheint dies auf attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten im Angestelltenverhältnis in Deutschland zurückzuführen zu sein. Die Betrachtung der Indikatoren kann somit nur ganzheitlich und unter Berücksichtigung landesspezifischer Bedingungen erfolgen. Genau an dieser Stelle setzt eine gemeinsame Studie des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, des Europäischen Zentrums für Freie Berufe der Universität Köln und des Verbands Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen an, welche auch die Digitalisierung in den Freien Berufen in den Fokus nimmt. Diese steht unter  www.vfb-nw.de als Voll- oder Kompaktversion zum Download bereit (siehe Seite 53).

Bernd Zimmer ist Vorsitzender des Verbands Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen (VFB NW).

VFB NW

Studie zu Freien Berufen



„Analyse des zukünftigen Regulierungsrahmens für freiberufliche Dienstleistungen im Hinblick auf die Länderempfehlungen der EU-Kommission und die zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft unter Berücksichtigung der Lage der Freien Berufe in NRW“. So lautet der Arbeitstitel einer Studie, die der Verband Freier Berufe im Lande NRW (VFB NW) beim Europäischen Zentrum für Freie Berufe (EuZFB) in Auftrag gegeben hatte. Sie wurde am 11. März 2021 an Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP), Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (Bildmitte), überreicht. Sein Haus hat die Studie gefördert.

Ziel der Studie ist es, den Organen des Landes Nordrhein-Westfalen ebenso wie den selbstverwalteten Berufsständen aufzuzeigen, vor welchen regulatorischen Herausforderungen die Freien Berufe stehen. Die Studie behandelt nur berufsstandsübergreifende Fragestellungen und zeigt Optionen auf, um aus Sicht der Studienverfasser notwendige Reformen umzusetzen.

„Unsere Studie zeigt deutlich, dass die bislang eingesetzten europäischen Indizes zur Messung des Regulierungsniveaus nicht pauschal auf Deutschland angewendet werden können. Damit gibt es keinen belastbaren Beleg einer zu geringen Wettbewerbsintensität bei freiberuflichen Dienstleistungen in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Mitgliedsländern“, sagt Prof. Dr. Martin Henssler, der wissenschaftliche Leiter der Studie und Geschäftsführender Direktor des EuZFB (links im Bild).

„Die Digitalisierung ist ein wesentlicher Treiber für Veränderungen und beschleunigt den Wandel einzelner Berufsstände. Die vorgelegte Studie liefert eine gute Grundlage, um diesen erforderlichen Transformationsprozess zukunftsorientiert zu gestalten“, so Bernd Zimmer, der Vorsitzende des VFB NW (rechts im Bild).